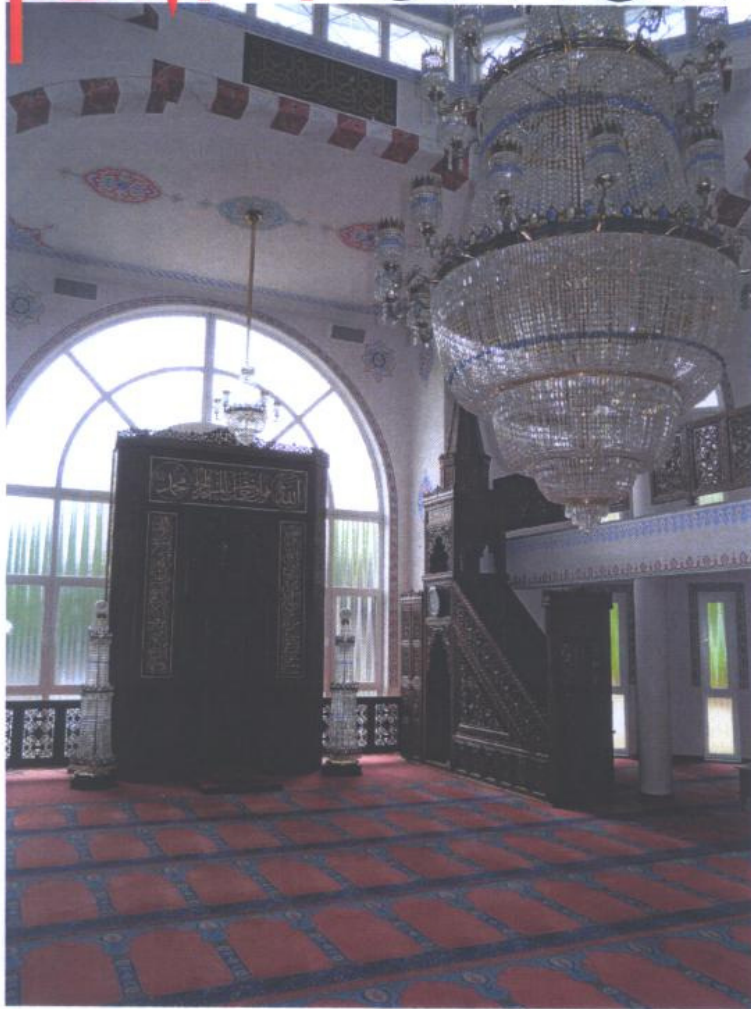


pointerview



Der Gebetsraum der Moschee am Refrather Weg

Unsere Behörde pflegt seit vielen Jahren einen guten Kontakt zu muslimischen Institutionen. Der Kontaktbeamte hier ist Kollege Klaus Smaczny vom Bezirksdienst der PW Bergisch Gladbach. Die Diskussionen rund um den so genannten Anti-Islamisierungskongress (Berichte auf Seite 1-3) hat uns bewogen, uns mit einem Repräsentanten der Moscheegemeinde in Bergisch Gladbach zu einem Interview zu verabreden. Peter Tilmans und Peter Raubuch sind Anfang Juli von Herrn Lokman Aksu zum Gespräch herzlich empfangen worden. Herr Aksu ist Deutscher, türkischer Abstammung, 37 Jahre alt, war 36 Jahre Bechener Esel (Bürger von Bechen) und lebt seit einem Jahr in Bergisch Gladbach.

Die Moscheegemeinde Bergisch Gladbach gehört zum VIKZ (Verband der islamischen Kulturzentren e.V.). Bitte geben Sie uns einen kurzen Überblick über die Gemeinde und deren Rahmenbedingungen (organisatorischer Aufbau, Mitglieder, Einzugsgebiet).

Der VIKZ wurde 1973 gegründet und ist damit der älteste Dachverband muslimischer Gemeinden in Deutschland. Das Einzugsgebiet der Gemeinde Bergisch Gladbach umfasst neben der Stadt Bergisch Gladbach auch einige Nachbarstädte, insgesamt etwa 5000 Personen. Die Moschee wurde 2002 fertig gestellt. Die Kosten betragen etwa 3 Millionen Euro, das Minarett ist 22,5 m hoch. Einen Teil dieses Betrages haben wir mit Spendengeldern finanziert. Den größten Teil zahlen wir derzeit in Form eines Bankkredites zurück.

Stichwort Moschee, was ist damals im Vorfeld der

Baumaßnahme geschehen? Gab es Diskussionen? Wie waren Ihre Erfahrungen?

Unsere Erfahrungen hier in Bergisch Gladbach waren und sind beispielhaft. Es gab von der Planung über die Bauphase bis zur Fertigstellung, aber auch danach keine nennenswerten Diskussionen. Vielmehr zeigten sehr viele gesellschaftlich relevante Gruppen, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Interesse. Sie traten mit uns in direkten Kontakt und bestärkten uns auch persönlich in dem Bauvorhaben. Dieses Interesse ist geblieben. Beim ersten Tag der offenen Moschee konnten wir hier über 1000 Besucher begrüßen. Diese uns entgegengebrachte Offenheit versuchen wir mit Transparenz und Sachlichkeit zurückzugeben. Aber eines ist für mich klar: Moscheen sind notwendig, da Moscheen in Deutschland integrationsfördernd sind. Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft. Wir nehmen Integration nicht nur in Vorzeigeprojekten, sondern auch in die tägliche Arbeit auf. Hierzu gehört für uns zwingend, Kinder und Jugendliche

vor sozialer Verwahrlosung zu bewahren. Beispielsweise wird unser Haus von Lehrerinnen und Lehrern genutzt, die Kindern aus unserer Gemeinde für Nachhilfe und Fördermaßnahmen zur Verfügung stehen. Hiervon wird rege Gebrauch gemacht.

Fühlen Sie sich gesellschaftlich anerkannt und integriert? Bestehen regelmäßige Kontakte zu anderen Gruppen der Gesellschaft? Sprechen Sie mit Kirchengemeinden anderer Religionen?

Wir sind in Bergisch Gladbach voll integriert. Viele unserer Gemeindeglieder sind längst deutsche Staatsangehörige. Manch gesellschaftliche Gruppen, wie Parteien, aber eben auch Kleingärtnervereine, kommen von sich aus auf uns zu, verabreden sich mit uns und treten in einen offenen Dialog. Bei solchen Begegnungen werden kritische Fragen nicht ausgespart, wir versuchen aber Vorurteile durch Sachlichkeit abzubauen, was oft, aber nicht immer gelingt. Beeindruckt waren wir zuletzt vom Besuch einer Gruppe

Soldatenfrauen, deren Männer in Afghanistan stationiert sind. Sie wollten sich aus erster Hand über den Islam informieren. Das hat uns alle sehr bewegt. Die Verbindung zu evangelischen, wie katholischen Kirchengemeinden ist regelmäßig und fruchtbar; alle Seiten profitieren.

Wo gibt es Defizite? Treffen Sie im Alltag auf Vorbehalte oder sogar Vorurteile? Wie gehen Sie damit um?

Wir fühlen uns hier sehr wohl, es ist aber bei Weitem nicht überall so unproblematisch. Es gibt sicherlich noch viele Vorbehalte und Vorurteile gegenüber der islamischen Religion. Viele negative Ereignisse verbunden mit Gewalt und kultureller Ausprägung, werden nicht den Leuten selbst, sondern der islamischen Religion zugeschrieben. Hier brauchen wir eine differenzierte Betrachtung. Dies zeigt uns Muslimen, dass wir die Öffentlichkeit viel mehr als bisher über unser religiöses Selbstverständnis informieren müssen. Vor vielen Jahren veröffentlichten politisch rechte Kräfte über das Internet Aufrufe, die in der Fragestellung endeten, wann in Deutschland die erste Moschee brenne. Da hatte auch ich persönlich Angst. Auch der VIKZ in Köln musste sich noch vor einem Jahr bitterer Vorwürfe erwehren. Manche Kölner Schulen und Kindergärten sahen sich veranlasst, bestehende Verbindungen abzubrechen. Die Vorwürfe konnten später zwar alle entkräftet werden, die Gerüchte und Unterstellungen haben aber viel kaputt gemacht. Vorurteilen kann man nur durch Begegnung, gemeinsamen Dialog und Aufklärung entgegenwirken.

Die politisch rechtsgerichtete Partei „pro NRW“ tritt auch im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Kommunalwahl an. Eine Partei, die im Mai ihren 2. so genannten „Anti-Islamisierungskongress“ durchgeführt hat. Wie gehen Sie damit um? Ärgert Sie das persönlich nicht auch einmal?

Ich finde es sehr schade, dass in einer solch weltoffenen Stadt wie Köln die Rechten ihr Unwesen treiben können. Andererseits haben die Kölnerinnen und Kölner ihrer Ablehnung klar Ausdruck verliehen. Gerade in Bezug auf den Islam und den Muslimen gegenüber versuchen politisch



Peter Tilmans und Peter Raubuch mit Lokman Aksu

rechtsgerichtete Parteien oder Organisationen die Unkenntnis und damit einhergehende Unsicherheit der Leute auszunutzen und für sich zu instrumentalisieren. Auch hier steuern wir in unserer Gemeinde gegen. So haben wir in Freitagsgebeten unsere Gemeindemitglieder über die Ziele von Pro NRW/Pro Köln informiert und unserer Gemeinde verdeutlicht, dass es sich keinesfalls um eine Mehrheitsmeinung in der deutschen Bevölkerung handelt. Wir sehen unsere Aufgabe auch und gerade darin, intensiv aufzuklären, Hintergründe aufzuhehlen und mögliche Fronten erst gar nicht entstehen zu lassen.

Welchen Stellenwert genießt Polizeiarbeit für Sie? Wie ist Ihr Verhältnis zur örtlichen Polizei?

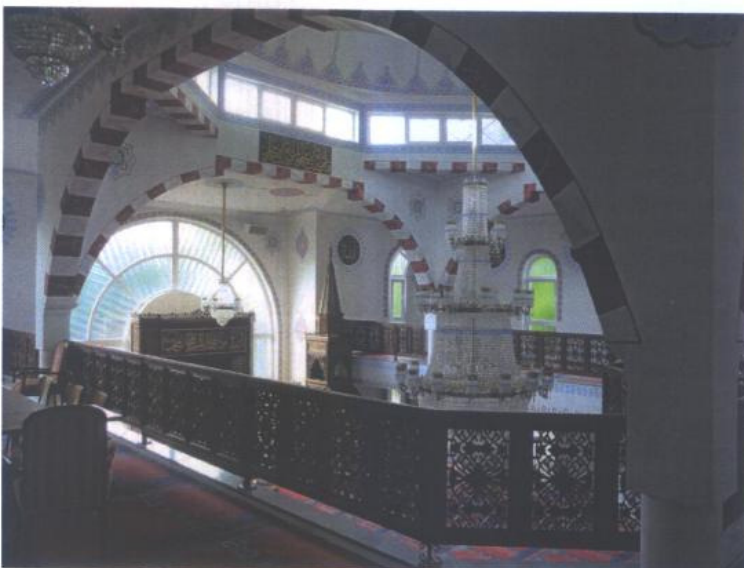
Die Arbeit der Polizei genießt hier einen hohen Stellenwert. Bestehende Kontakte zu Herrn Smaczny, aber auch Frau Hebborn und anderen Kolleginnen und Kollegen

der Kreispolizei haben hier einen tragfähigen Boden gebildet. Wir fühlen uns wohl, wenn Streifenwagen hier vor der Moschee patrouillieren, es steigert unser Sicherheitsgefühl. Wir bieten uns aber auch ausdrücklich als Brückenbauer zwischen den Sicherheitsbehörden und Muslimen an. Diese Schnittstelle zu nutzen, wird beiden Seiten nur Vorteile bringen.

Wir wissen aus den Vorgesprächen, dass Sie gerne Besuchergruppen empfangen und für Gespräche zur Verfügung stehen. Steht das Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Behörde?

Ja natürlich, wir führen gerne kleinere, aber auch größere Gruppen durch das Gebäude und freuen uns auf anregende Diskussionen. (Anm. d. Red.: Interessensbekundungen bitte direkt an uns).

Herr Aksu, vielen Dank für das Gespräch. (pr)



Innen ähnelt die Moschee mit ihren rot-weißen Bögen ein wenig der Mezquita im spanischen Cordoba (Blick von der Empore).

Die neue Runde für 2010 ist eingeläutet



Am 01.07.2009 startete das Bewerbungsverfahren für 2010. Ende der Bewerbungsphase soll schon am 31.10.2009 sein. Die Besonderheit in diesem Jahr ist, dass aktuell zwei Verfahren parallel in Münster stattfinden. Das Auswahlverfahren für 2009 ist noch nicht abgeschlossen, gleichzeitig gehen die neuen Bewerbungen ein. Ein gewagter aber sinnvoller Schritt. Das LAFP möchte dadurch die Bewerbungs- und Auswahlphase nach vorne ziehen. Ziel ist eine Entspannung der letzten Testphase, denn die Bewerber wissen dann vielleicht schon

aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis) für 1100 Ausbildungsplätze sind aber auch die unterste Grenze, um eine vernünftige Auswahl treffen zu können. Trotzdem ist die Werbung für unseren Beruf unverzichtbar. Die Interessenten, die sich seit längerem mit dem Polizeiberuf beschäftigen, bewerben sich sowieso. Wichtig ist es, die Unentschlossenen zu erreichen und auf den Polizeiberuf aufmerksam zu machen. Dass heißt, wie in den letzten Jahren auch, wir alle sind gefordert unseren Beitrag zur Bewerbungssituation beizutragen. Für mich ist es immer



Beim Aufenthalt in anderen Behörden bitte nicht wundern. Hier gibt es „Eyecatcher“ der besonderen Art. Während Mettmann auf Piaggio (Bild oben) setzt, fährt man im Oberbergischen Kreis Smart und in Köln in Kürze den VW-Beetle (noch kein Bild verfügbar).

im März oder April und nicht erst im August, ob sie am 01.09. eingestellt werden. Meines Erachtens werden dadurch auch weniger „gute“ Leute abspringen, die sich durch eine weitere Bewerbung bereits einen Ausbildungsplatz an anderer Stelle gesichert haben. Es bleibt abzuwarten, wie viele Bewerber und Bewerberinnen in diesem Jahr im Polizeiberuf eine Perspektive sehen. Aufgrund der wirtschaftlich doch sehr angespannten Situation werden viele im nächsten Jahr vor allem einen sicheren Arbeitsplatz suchen. Ich denke, dass sich die Bewerbungszahlen doch deutlich erhöhen. 5500 Bewerbungen (davon 107

wieder erfreulich zu hören, wie viele junge Leute auf Empfehlung eines Kollegen oder einer Kollegin das Gespräch mit mir suchen und informiert werden wollen. Die Weitergabe meiner Telefonnummer (02202/205228) oder E-Mail-Adresse (peter.tilmans@polizei.nrw.de) sollte aber immer erfolgen. Denn bei den 107 Bewerbungen waren einige, die sich „an mir vorbei beworben haben“ (das Online-Verfahren macht's möglich). Wie sich dann herausstellte, waren leider junge Menschen dabei, die sich die Mühe hätten sparen können, weil sie die Einstellungs Voraussetzungen einfach nicht erfüllten. (pt)